

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Tram- und Busstreik in Bydgoszcz

Über 290 Tram- und Busfahrer der polnischen Stadt Bydgoszcz sind am Montag in den Ausstand getreten. Laut Informationen von Regierungssprecher Jerzy Urban verlangen die Streikenden höhere Löhne und Zusatzzahlungen.

Nun auch Seouls Ex-Bürgermeister

Die Staatsanwaltschaft von Seoul hat gegen Yum Bo Hyun, den früheren Bürgermeister der Stadt, Untersuchungen angeordnet. Er soll in den Korruptionsskandal um die Familie des süd-koreanischen Ex-Präsidenten Chun Doo Hwan verwickelt sein.

Gendarmen erhalten Schiessbefehl

Während der Belagerung einer Gendarmerie im französischen Überseegebiet Neukaledonien ist am Montag eine 18jährige Melanesierin von Gendarmen erschossen worden. Nach offiziellen Angaben versuchten die Polizisten, gewaltlos aus ihrer seit Samstag belagerten Wache im Osten der Hauptinsel auszubrechen.

19 Tote bei Überfall in Peru

Bei einem Überfall von mehr als 40 mutmasslichen Guerilleros auf ein Dorf im Hochland von Peru sind 19 Bauern getötet worden. Laut Informationen der peruanischen Polizei handelte es sich dabei vermutlich um einen Racheakt der maoistischen Untergrundbewegung «Leuchtender Pfad».

Scholz wird Verteidigungsminister

Bonn (AP) Bundeskanzler Helmut Kohl hat den 50 Jahre alten Berliner Senator für Justiz und Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz (CDU), nach sicheren Informationen aus Regierungskreisen zum Nachfolger von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner ausersehen. Kohl wird den Nachfolger, dessen Namen am Montag offiziell noch nicht genannt wurde, am Dienstag selbst der Presse vorstellen und eine Erklärung dazu abgeben. Scholz hat als Angehöriger der «weissen Jahrgänge» nicht gedient, gilt jedoch als in mehrfacher Hinsicht hervorragend qualifiziert.

Wie Regierungssprecher Friedhelm Ost vor der Presse bekanntgab, hat der Bundeskanzler am Wochenende die Nachfolgefrage mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauss besprochen. Bis Dienstag waren noch Gespräche mit dem FDP-Vorsitzenden Martin Bangemann und Wörner selbst vorgesehen, der Mitte Mai ausscheiden will. Er tritt am 1. Juli sein neues Amt als Generalsekretär der NATO an. Wie verlautet, wird Scholz selbst zwischen dem 15. und 20. sein neues Amt übernehmen.

Waterloo für die bürgerliche Regierung

Frankreichs bürgerliche Rechte erlitt herbe Niederlage

Frankfurt (AP) Für die Regierung ist die Wahl ein Debakel, für den Staatspräsidenten eine Bestätigung, für die radikale Rechte ein Triumph.

Beim ersten Gang der Präsidentschaftswahlen am Sonntag in Frankreich haben die Wähler allen Prognosen entsprochen, indem sie den sozialistischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand und den gaullistischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac in die Stichwahl schickten, - und alle Beobachter überrascht, indem sie der regierenden bürgerlichen Rechten eine harte Abfuhr, der

Stärkung des Kostenbewusstseins durch Selbstbehalt?

Eine Landtagskommission ist mit der Beratung des Krankenversicherungsgesetzes befasst

Die Kosten für das Gesundheitswesen sind - nicht nur in unserem Land - in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich angestiegen. Zur Eindämmung der «Kostenexplosion im Gesundheitswesen» wurden verschiedenartige Vorschläge unterbreitet, die erfolgversprechend sein sollen. Die Regierung legte dem Landtag im letzten Jahr einen Antrag zur Einführung eines Selbstbehaltes vor. Eine Landtagskommission befasst sich derzeit mit der Wiedereinführung eines Selbstbehaltes als Kostendämpfungsmassnahme.

In ihrem Antrag hatte die Regierung einen prozentualen Anteil als Kostenbeteiligung vorgeschlagen, der bis zu einem jährlichen Höchstbetrag 10 Prozent der Krankenpflegekosten für Erwachsene und 5 Prozent für Kinder und Jugendliche umfassen sollte, wobei Vorsorgeuntersuchungen und Leistungen bei Mutterschaft vom Selbstbehalt ausgeschlossen sein sollten. Die Regierung hatte sich, wie sie in ihrem Antrag an den Landtag festlegte, von der Einführung der obligatorischen Kostenbeteiligung eine gewisse längerfristige präventive Wirkung des Selbstbehaltes und damit auch einen konkreten Einfluss auf das Kostengeschehen versprochen: «Durch individuelle Kosten-Nutzen-Überlegungen der Versicherten können insbesondere in «Bagatellfällen» die Anzahl der Arztbesuche und der Verbrauch von Medikamenten verringert werden.»

Unterschiedliche Meinungen im Landtag

Während der ersten Lesung der Gesetzesvorlage im letzten Herbst ergaben sich im Landtag recht unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit einer Revision des Krankenversicherungsgesetzes im allgemeinen und über die Einführung eines obligatorischen Selbstbehaltes im besonderen. Doch blieb die Regierung schliesslich, weil sich keine einheitliche Auffassung abgezeichnet hatte, bei ihrem Vorschlag, den sie grundsätzlich beibehielt, doch gewisse Modifizierungen vornahm: Die Lösung kann nach Ansicht der Regierung nur in einem Kompromiss liegen, «der einerseits den erhofften kostendämpfenden Effekt eines Selbstbehaltes auf beinahe allen Leistungen der Krankenkassen beibehält, andererseits jedoch die von verschiedenen Abgeordneten angeführten sozialen Aspekte stärker berücksichtigt.» Der Vorschlag der Regierung begünstigte neben den Kindern auch AHV-, IV- und Unfallversicherungsrentner mit einem niedrigeren Selbstbehaltansatz. Ausserdem wurde für Kinder der Ansatz der maximalen Belastung pro Jahr nochmals halbiert.

Einführung einer Krankenscheingebühr

Trotz dieses Kompromissvorschlages konnte sich der Landtag nicht ganz für die Vorlage der Regierung erwärmen. Dass etwas gegen das weitere Ansteigen

der Kosten im Gesundheitswesen getan werden müsste, war an sich unbestritten, doch über den richtigen Weg dazu schied sich die Geister. Die FBP-Fraktion hatte beispielsweise vorgeschlagen, die Wiedereinführung der Krankenscheingebühr in Erwägung zu ziehen, um künftig zu verhindern, dass wegen einer leichteren Erkrankung eine Reihe von Ärzten konsultiert wird. Die Gebühr für einen Krankenschein, die gestaffelte Gebühr für die Krankenscheine oder die Ausgabe nur eines Krankenscheines für eine bestimmte Zeit könnte nach FBP-Auffassung ebenfalls zur Kosteneinsparung beitragen. Hingegen sei es eine offene Frage, so die FBP-Fraktion, ob mit der Einführung eines Selbstbehaltes «die von der Regierung angestrebten Ziele überhaupt erreicht werden» könnten.

Schwierige Aufgabe für die Kommission

Die Landtagskommission hat die nicht leichte Aufgabe übernommen, innert relativ kurzer Frist einen Vorschlag zu erarbeiten. Im Zentrum der Beratungen wird zweifellos die Einführung des Selbstbehaltes stehen, doch warten auch andere Fragen noch der Abklärung. Die Kommission wird versuchen müssen, einen gangbaren Weg zwischen der Forderung nach effektiver Kostensenkung und dem sozialen Anliegen des Gesundheitswesens zu finden. (G.M.)

Sicherheit für Schulkinder im Strassenverkehr

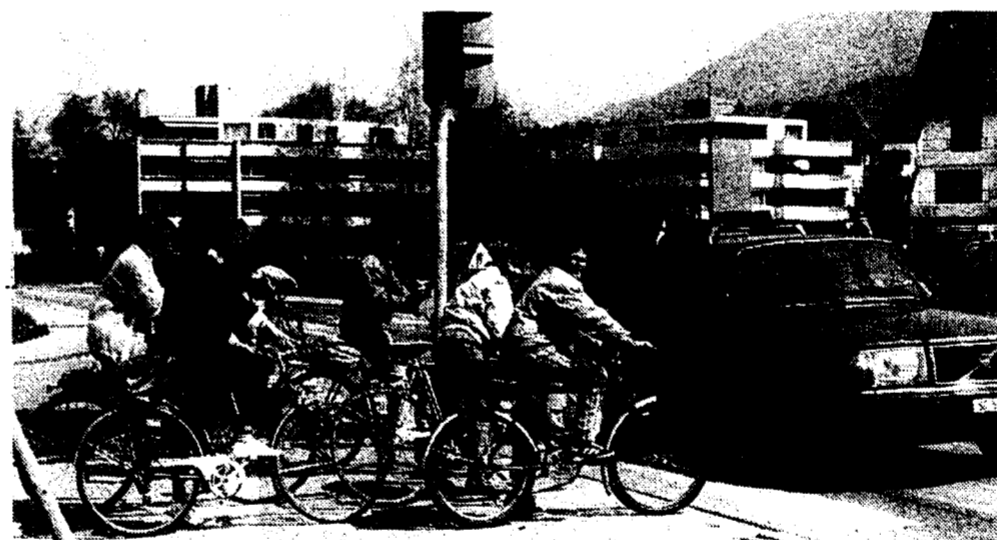
Zum Schuljahresbeginn standen freundliche Polizisten an den Fussgängerstreifen

Zum Schuljahresbeginn heisst es jedes Jahr für die Schüler und vor allem für die Autofahrer, sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Gestern standen erstmals viele Schülerinnen und Schüler an der Strasse oder an Fussgängerstreifen, um auf ihrem Schulweg die Fahrbahn zu überqueren. Am Morgen halfen an den neuralgischen Stellen freundliche Polizisten - eine sicher wichtige Aufgabe am Schuljahresanfang.

Kinder sind im Strassenverkehr besonders gefährdet. Vor allem am Schuljahresanfang, wenn die Aufregung vielleicht noch etwas dominiert oder die kleinen ABC-Schützen einen ungewohnten Schulweg machen müssen, sind Reaktionen nicht auszuschliessen, die von den motorisierten Verkehrsteilnehmern nicht vorhersehbar sind. Um Kinder vor den Gefahren des Strassenverkehrs zu schützen, hat dieses Jahr wiederum der ATC einen Elternbrief herausgegeben, in dem die wichtigsten Verhaltensregeln aufgelistet sind. Als begleitende Massnahme wurden Polizisten an den wichtigsten Fussgängerstreifen postiert, um Verkehrsunfälle zwischen Kindern und Automobilisten zu verhindern zu helfen.

Polizisten helfen beim Überqueren

Der Chef der Verkehrspolizei, Herbert Meier, erklärte auf Anfrage, dass an allen «neuralgischen Verkehrspunkten» in den Gemeinden Verkehrspolizisten im Einsatz waren, um die Kinder sicher über die Strasse zu begleiten. Das Personal der Verkehrspolizei reichte nicht aus, um alle Fussgängerstreifen an den Durchgangs-



Gefahren lauern für die Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg. Die Verkehrspolizei hatte gestern in einer Aktion am Morgen an den wichtigsten Fussgängerstreifen Polizisten postiert, die den Schülern sicher über die Strasse halfen. (Bild: Brigitt Risch)

strassen mit einem Polizisten zu belegen, so dass eine Auswahl getroffen werden musste. Die Polizisten hatten die Aufgabe, die Kinder beim Überqueren der Fussgängerstreifen und der Strasse zu beobachten, ihnen zu helfen, sie auf Gefahren aufmerksam zu machen. Ein weiterer Auftrag bestand darin, durch die Präsenz der motorisierten Verkehrsteilnehmern zu zeigen, dass mit dem Schulbeginn wieder vermehrt Kinder im Strassenverkehr anzutreffen sind. Die Begleitung der Kinder durch einen Polizisten hat doch manchem Automobilisten vor Augen geführt, dass Kinder im Strassenverkehr einen besonderen Schutz brauchen, da sie besonders gefährdet sind.

Automobilclubs versuchen schon seit Jahren, ihre Mitglieder auf die besonderen Gefahrenmomente durch Kinder im Strassenverkehr aufmerksam zu machen. Auch dieses Jahr hat der ATC einen Elternbrief in alle Haushalte verschickt, um Eltern wie Schülern klar zu machen, dass sich richtige Verhaltensweisen im Verkehr aufdrängen. Wenn die in diesem Faltprospekt enthaltenen Vorschläge von Eltern, Schülern und Autofahrern beherzigt werden, dann trägt dies sicher zur Vermeidung von Unfällen bei. Entscheidend jedoch ist, dass die Verkehrsteilnehmer nicht nur am ersten Schultag an diese Regeln denken, sondern dass Vorsicht das ganze Jahr über angebracht ist.

KOMMENTAR

Grosse Wellen hat die Vorlage der Regierung über die Einführung des Selbstbehaltes bei der obligatorischen Krankenversicherung bisher nicht geworfen. Als Grund dafür liegt möglicherweise eine abwartende Haltung vor, die vom Grundsatz ausgeht, dass nichts so heiss gegessen wie serviert wird. Die Behandlung der Vorlage im Landtag zeigte denn auch, dass diese abwartenden Stimmen vorerst recht behielten.

Im Grundsatz sind sich alle klar: Die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen dürfen in Zukunft nicht mehr im Rahmen der bisherigen Steigerungsraten weitergehen, da sonst die Grenze der Finanzierbarkeit erreicht werden könnte. Doch über den richtigen Weg gehen die Meinungen recht weit auseinander. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie das Kostenbewusstsein durch einschränkende Massnahmen gefördert werden kann. Dabei sollte nicht nur vom Konsumenten (also vom Kranken) ausgegangen werden, sondern auch die andere Seite zur Diskussion stehen. Von der freiwilligen Franchise bis zum obligatorischen Selbstbehalt sind nun verschiedene Massnahmen ins Gespräch gebracht und teilweise kontrovers diskutiert worden. Niemand aber weiss genau, wie sich diese Massnahmen schliesslich konkret, vor allem in Franken und Rappen, auswirken werden.

Wie geht es weiter?

Sobald die Landtagskommission, die um ihre Aufgabe nicht zu beneiden ist, ihren Bericht vorgelegt hat, dürften die Diskussionen auch bei den Betroffenen einfach werden. Doch bei all diesen Diskussionen sollte nicht ausser Betracht gelassen werden, dass Gesunde gut über Kostendämpfungsmassnahmen beraten können. Sobald diese jedoch einen Schmerz verspüren, dann muss Hilfe her, egal wieviele Ärzte und Mittel es braucht. Darin liegt einer der Hauptgründe für die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Zwischen Gesundheit und Krankheit liegt eben doch ein erheblicher Unterschied. (G.M.)

Gegen die Apartheid

Bern (AP) Der Verband der Schweizerischen Studentenschaften (VSS) und die Jeunesse Etudiante Chretienne (JEC) fordern von der Südafrikanischen Regierung die Freilassung von inhaftierten Jugendlichen und Professoren. Zudem werden die Schweizer Behörden zu einem vermehrten Engagement gegen die Apartheid aufgefordert. Zwei entsprechende Petitionen wurden am Montag in Bern der Presse vorgestellt und der Bundeskanzlei sowie der südafrikanischen Botschaft in Bern übergeben.

In der von 2927 Personen unterzeichneten und an den südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Botha gerichteten Petition verlangen die Studentenorganisationen, dass alle ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren in den südafrikanischen Gefängnissen festgehaltenen Kinder, Studenten, Dozenten und Professoren augenblicklich freigelassen werden. Gewaltanwendung an Jugendlichen erzeuge eine zutiefst von Rachegefühlen beherrschte Generation, heisst es im Aufruf. Diese Tatsache lasse daran zweifeln, dass für die Probleme im südlichen Afrika eine gewaltlose und brauchbare Lösung gefunden werden könne.

Demjanjuk zum Tode verurteilt

Angeklagter beteuerte bis zum Schluss seine Unschuld

Jerusalem (AP) Wegen Beteiligung am Massenmord des NS-Regimes ist der 68jährige Exilukrainer John Demjanjuk am Montag von einem israelischen Gericht zum Tode verurteilt worden.

Die drei Richter in Jerusalem nannten den Beschuldigten, der als «Iwan der Schreckliche» im Vernichtungslager Treblinka gefürchtet war, einen «Oberhenker» und konnten keine Milderungsgründe erkennen: Er habe habe mit eigenen Händen und mit besonderer Grausamkeit Zehntausende Opfer umgebracht, erklär-

te das Gericht unter dem Beifall der Zuhörer. Demjanjuk, dessen Sohn Berufung angekündigt, ist nach Adolf Eichmann der zweite NS-Verbrecher, der in Israel abgeurteilt wurde.

«Es gibt kein Vergeben im Gesetz oder im Herzen», sagte Richter Zvi Tal bei der Verkündung des Strafmasses, nachdem Demjanjuk schon am vergangenen Dienstag in allen vier Anklagepunkten schuldig gesprochen worden war. «Er war ein Oberhenker, der mit seinen eigenen Händen Zehntausende auf grausame Weise umgebracht hat.

BURO MARXER
Büro-Systeme
9470 Birsch - 9480 Vaduz
Telefon 088 / 6 33 10